

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Sonntage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckpreis bei Vorabzahlung von der Redaktion 10 Pf. monatlich. / Die Anzeigenpreise sind nach unten angegeben. / Die Anzeigenpreise sind nach unten angegeben. / Die Anzeigenpreise sind nach unten angegeben.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Verlags- und Druckerei: Leipzig Nr. 28614

Nr. 93

Sonnabend den 24. April 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 14. April 1920 wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 20. April 1920.

489 III A

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung.

Aber die Anmeldung von Rechten oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee aus Anlaß der Durchführung der Bestimmungen der Artikel 123 und 260 des Friedensvertrages.

Auf Grund der §§ 1 und 4 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1627) wird folgendes bestimmt:

1. Alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger sowie Anwartschaften deutscher Reichsangehöriger auf Rechte oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee sind bis zum 15. Mai 1920 anzumelden. Diese Bestimmung findet auch auf die Uebereinkommen Anwendung, die mit deutschen Reichsangehörigen wegen Ausführung oder Betrieb der öffentlichen Arbeiten in den früheren deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee abgeschlossen worden sind sowie auf Unterkonzessionen oder Abflüsse, die mit deutschen Reichsangehörigen im Verfolg dieser Uebereinkommen getätigt worden sind.

Die Rechte und Beteiligungen sind auch dann anzumelden, wenn sie noch nicht ausgeübt worden sind.

2. Anmeldepflichtig sind die Inhaber der Rechte, Beteiligungen oder Anwartschaften. Die Anmeldung hat bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau in Berlin W, Wilhelmstraße 62, zu erfolgen.
3. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 10 Nr. 2 und 3 und § 11 Nr. 2 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1627) bei Vorläufigkeit, sofern nicht nach allgemeinen Strafrecht eine höhere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis

bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen, bei Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft.

Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland nach Artikel 260 Absatz 2 Satz 2 des Friedensvertrages genötigt ist, zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte sowohl in seinem eigenen Namen wie in dem seiner Angehörigen auf alle in Nr. 1 dieser Bekanntmachung bezeichneten Rechte, Beteiligungen und Anwartschaften, die in der dem Wiedergutmachungsausschuß auf Grund der genannten Bestimmung des Friedensvertrages zu übergebenden Liste etwa nicht verzeichnet sind, zu verzichten.

Berlin, am 14. April 1920.

Der Reichsminister für Wiederaufbau.

J. B. Müller.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meissen-Land.

In der Woche vom 26. April bis 1. Mai 1920 werden im Bezirk des Kommunalverbandes Meissen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

auf sämtliche Lebensmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 6

1/2 Pfund ausländische Erbsen, Pfundpreis 3,50 Mark,

1/2 Pfund Runkelrüben, Pfundpreis 7,20 Mark.

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unverzüglich mit ihren Handelsleuten in Verbindung zu setzen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nicht abbestellte Waren nicht zurückgenommen werden.

Ein Verkauf der Lebensmittel darf vor der angelegten Zeit nicht erfolgen.

Meissen, am 22. April 1920.

Nr. 1009 a II F.

Die Amtshauptmannschaft.

Für die Zeit vom 26. April dieses Jahres ab ist die Geschäftszeit der unterzeichneten Behörde für Montag bis Freitag auf 7 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr und für die Sonnabende auf 7 bis 3 Uhr durchgehend festgesetzt worden. Kassenschluß täglich 12 Uhr.

Bezirkssteuereinnahme (Finanzamt) und Bauverwalterei Meissen.

Regierungswechsel in Sachsen.

Meine Stellung für einige Leser.

* Aus dem Kreis verlässt, daß die Deutsche Volkspartei eine Kritik von dem Ministerium der Finanzen bei den Reichstagen geben wird.

* Es wird wieder gesagt, daß nicht unerwartet, weil er sich vor einem öffentlichen Gericht wegen des Mordes an dem Kaiser beschuldigen lassen will.

* Die Nationalversammlung der Sozialdemokratischen Partei, die am 22. April in der Wahlkapitulation des Wahlprogramms teilnahm, soll, wie voraussichtlich am 5. und 6. Mai stattfinden.

* Der schon länger angekündigte Generalstreik in Elb-Weichseln hat jetzt begonnen.

* Der 18. Internationale Sozialisten- und Arbeiterkongress tritt am 22. Mai in Genf zusammen.

* Polonois befindet sich in einem kranken Zustand der Gesundheit und verlässt das Reich.

Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer.

In der gestrigen Sitzung der Volkskammer verlas Präsident Fröhdorf das folgende Schreiben Dr. Gradnauers: „Sehr geehrter Herr Präsident! Bereits vor vier Wochen habe ich Ihnen und den beiden Fraktionen, die die Regierung bilden, die Absicht dargelegt, wegen meines Gesundheitszustandes vom Amt zurücktreten zu wollen. Auf Ihre und der beiden Fraktionen Ersuchen habe ich damals von der Ausführung meiner Absicht noch Abstand genommen. Je länger, je mehr erkenne ich jedoch, daß ich den Anforderungen des Amtes gegenwärtig nicht genügend gewachsen bin. Dazu kommt ein politischer Anlaß. In verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Partei ist die Tätigkeit der Regierung in einigen Fragen absperrend beurteilt worden. Ich halte diese Kritik für unberechtigt und zweifle nicht, daß es durch gründliche Aussprache mit den betreffenden Parteioptionen gelingen wird, die vorhandenen Mißverständnisse zu beseitigen. Hierzu aber wird es einer umfassenden Aufklärungsarbeit im Lande bedürfen. Diese Arbeit zu leisten, bin ich gegenwärtig

durch meinen Gesundheitszustand verhindert. Aus diesen Gründen erkläre ich hierdurch meinen Rücktritt vom Amte des Ministerpräsidenten. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und Reorganisation des Ministeriums werden die Amtsgeschäfte von mir und meinen Kollegen fortgeführt werden. Es sei mir, sehr verehrter Herr Präsident, noch gestattet, hinzuzufügen, daß es in dieser Stunde mein heißester Wunsch ist, daß es meinem, von der Volkskammer zu wählenden Nachfolger gelingen möge, mit fester und erfolgreicher Hand das Staatsschiff durch die Stürme dieser unruhigen Zeit in sicheren Hafen zu steuern.“

Der Präsident Fröhdorf teilte im Anschluß an die Vorlesung dieses Schreibens mit, daß es nun Sache der Fraktionen sein werde, sich über die Wahl des Ministerpräsidenten zu verständigen und daß er, sobald die Fraktionen sich darüber schlüssig gemacht haben würden, eine Sitzung zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten anberaumen werde.

Nach der vorläufigen Verfassung muß mit dem Ministerpräsidenten die gesamte Regierung zurücktreten. Nach den Vorgängen der letzten Tage war mit dem Abgang der gegenwärtigen sächsischen Regierung von Tag zu Tag zu rechnen.

Ob eine rein sozialistische Regierung jetzt schon in unmittelbarem Anschluß an den Rücktritt Dr. Gradnauers zustande kommen wird, darüber liegt die Entscheidung im Wesentlichen bei den Unabhängigen. Es wird darauf ankommen, ob die Unabhängigen schon vor den Wahlen geneigt sein werden, in die Regierung einzutreten, oder ob sie vorziehen werden, in den Wahlkampf noch als Oppositionspartei zu gehen. In den Kreisen der auf dem rechten Flügel der Sozialdemokraten Stehenden und in demokratischen Kreisen rechnet man noch immer damit, daß auch die neue Regierung wieder eine Koalitionsregierung sein, d. h. aus Mehrheitssozialdemokraten und Demokraten bestehen wird.

Stützen Sächsischer Ministerpräsident?

In der Volkskammer wurde gestern auf Grund von Mitteilungen sozialdemokratischer Abgeordneter das Mitglied

der Nationalversammlung Stücken (früher Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Mittweida) als Kandidat für den Posten des sächsischen Ministerpräsidenten genannt.

„Mit rückwirkender Kraft“

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns: Wurde in früheren Jahren eine Erhöhung von Preisen oder Gehältern vorgenommen, so war besonders bei den letzteren die Offenheit erlaubt, um nicht zu sagen geübert, wenn nicht zwischen dem Beschäftigten und dem Inhaberen ein Zeitraum von mindestens einigen Monaten lag. Seit dem Krieg, besonders aber seit der Revolution haben sich die Zeiten gewaltig geändert. Preis- und Gehältereinerhöhung folgen einander im raschesten Zeitmaß. Seit etwa 1 1/2 Jahren macht sich vor allem noch eine andere Erscheinung geltend, die überdies weit über das hier geschilderte Gebiet hinausgriffen hat: die Forderung solcher Erhöhungen, vor allem aber auch Lohn- und Gehältereinerhöhungen um längere Zeit rückwirkend zu machen. Tritt eine Gruppe von Arbeitnehmern heute, sagen wir im November, in Tarifverhandlungen ein, so erscheint nicht selten unter ihren Forderungen der Wunsch, daß das erhöhte Gehalt für die Zeit vom 1. Juli (oder einem anderen Tage) nachzahlen sei. Und nimmt eine Fabrikantenvereinigung Preiserhöhungen vor, so ist es geradezu eine Ausnahme, wenn eine, sagen wir Ende Januar beschlossene Preiserhöhung nur für die Januar-Lieferung gilt und man nicht noch um Nachforderungen für das Vierteljahr vom Oktober bis Dezember an die Abnehmer herantritt.

Einmal sieht es so aus, als fände keiner der Beteiligten etwas Besonderliches oder Ueberrassendes an diesem Vorgehen. Schon die Tatsache aber, daß gleichzeitig mit dieser Neuschöpfung die Klagen über die Unzuverlässigkeit des deutschen Kaufmanns und Industriellen im Ausland und Inlande sich mehren, sowie die fernere Tatsache, daß gerade seit Beginn dieser Art der Preisbewegung eine für zu übersteigende Unsicherheit in unser wirtschaftliches Leben hineingekommen ist, sollte stutzig machen. Tatsächlich handelt es sich ja auch um ein Vorgehen, das weder logisch zu begründen ist, noch sich mit dem verehrbaren Akt, worin früher mit Recht das Wesen des ehrbaren Kaufmanns und Kaufmanns in diesem Sinne ist ja letzten Endes nicht nur der handelsrechtliche, sondern auch der ethische Grundsatz.